

Niederschrift

über die öffentliche des Verwaltungs- und Bauausschusses am 23.05.2006,
17:00 Uhr, im neuen Sitzungssaal des Rathauses

Teil Amt 6

Anwesend:

1. Oberbürgermeister Moser
2. 2. Bürgermeisterin Gold
3. Stadträtin Arayici (i. V. für Stadtrat Mahlmeister)
4. Stadträtin Sagol
5. Stadträtin Schwab
6. Stadtrat Schardt
7. Bürgermeister Böhm
8. Stadtrat Schmidt
9. Stadträtin Richter (i. V. für Stadtrat Lorenz)
10. Stadträtin Schmidt
11. Stadtrat Haag
12. Stadtrat Konrad

Entschuldigt fehlt:

Stadtrat Mahlmeister
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadtrat Lorenz

Als Gast:

Stadträtin Wallrapp

Berichterstatter:

Berufsm. Stadtrat Groß für Amt 6
Dipl.-Ing. (Uni) Lepelmann für Amt 6
Assessorin Ingrisich für Amt 6
Rechtsrätin Schmöger für Amt 3
Oberamtsrat Schwarz für Amt 3

Schriftführer:

Verwaltungsfachangestellter Müller für Amt 6
Hauptsekretär Felbinger für Amt 3

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung:

Die Ladung zur Sitzung ist ordnungsgemäß erfolgt. Zu Beginn der Sitzung sind mehr als die Hälfte der Ausschussmitglieder anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Oberbürgermeister Moser darauf hin, dass der Punkt 4 der Bausachen „BGVNr. 45/06 Errichtung v. landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden mit Einfriedung“ auf Wunsch des Bauherrn nicht behandelt werde. Der Architekt habe bezüglich der vorliegenden Stellungnahme des Amtes für Landwirtschaft angekündigt, dort nochmals klärende Gespräche zu führen.

1. Bauvoranfrage:

Errichtung eines LKW-Stellplatzes für 6 – 7 Züge
Fl.Nr. 1576, Gmkg. Hohenfeld, Marktbreiter Straße
Antragsteller: H. G. Wittmann, Kitzingen

A. Nach längerer Diskussion hinsichtlich der Genehmigung des LKW-Stellplatzes stellt 2. Bgmin. Gold den Antrag, den Punkt abzusetzen und zunächst beim Straßenbauamt und der unteren Wasserbehörde nachzufragen, inwieweit eine Genehmigung möglich wäre. Anschließend könne man im Stadtrat entscheiden.

B. Mit 6 : 5 Stimmen

Dem Antrag von 2. Bgmin. Gold wird stattgegeben.

2. BGVNr. 31/2006 – Bauantrag

Nutzungsänderung einer Wohnung in ein Massagestudio mit Nebenräumen
(„Wohnungsprostitution“), Kaiserstr. 36, Fl.Nr. 356, Kitzingen
Antragsteller: Herr Mike Peters, Kaiserstr. 36, 97318 Kitzingen

Mit 11 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Die nachträgliche bauaufsichtliche Genehmigung für eine Nutzungsänderung einer Wohnung in ein Massagestudio mit Nebenräumen (Prostitution / Wohnungsprostitution), Kaiserstr. 36, Fl.Nr. 356, Kitzingen durch Herrn Mike Peters, Kaiserstr. 36, 97318 Kitzingen ist nicht zu erteilen. Eine Nutzungsuntersagung des bereits in Betrieb genommenen Vorhabens ist per Anordnung auszusprechen und ein Ordnungswidrigkeitsverfahren einzuleiten.

3. BGVNr. 56/2006 – Bauantrag

Nutzung der städt. Freifläche auf Fl.Nr. 132, Obere Bachgasse, Kitzingen als Wirtsgarten
mit 16 Sitzplätzen (Freisitz im Zusammenhang mit aktuellem Antrag auf
Nutzungsänderung eines Ladens in eine Gaststätte mit ca. 25 Sitzplätzen,
Obere Bachgasse 52, Fl.Nr. 241, Kitzingen)
Antragsteller: Herr Sienol, Innere Sulzfelder Str. 15, 97318 Kitzingen

A. Mit 10 : 2 Stimmen

B. Stadträtin Richter möchte zu Protokoll geben, dass sie nur aufgrund der Außenflächen dagegen gestimmt habe. Sie sei jedoch nicht gegen die Gaststätte selbst.

4. BGVNr. 185/05Einfamilienhaus mit EinliegerwohnungFl.Nr. 5557 Gmkg. Kitzingen, Gartenstraße 55Antragsteller: H. B. Lang, Kitzingen

(Stadtrat Schmidt ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und der Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich unaufgefordert in den Zuhörerbereich.)

Mit 11 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die bauaufsichtliche Genehmigung zum Bau eines Einfamilienwohnhauses mit Einliegerwohnung auf Fl.Nr. 5557, Gmkg. KT, Gartenstraße 55, durch H. B. Lang, KT, ist mit Auflagen zum Nutzungszweck (Betriebswohnhaus), zur Sicherung der Kanalerschließung und zur Bereitschaft der Grundabtretung bei einer potentiellen Straßenerschließung nach Abschluss des Verfahrens zu erteilen.

5. Umnutzung eines bestehenden Lebensmittelmarktesals Fachmarktcenter "Müllermarkt"Fl.Nr. 3682/2 S.-Wilke-Straße 4Antragsteller: M. u. M. Barth, Kürnach

- A. Dipl. – Ing. Lepelmann und Berufsmäßiger Stadtrat Groß gehen auf den Sachverhalt ein. Die Verwaltung ist der Auffassung, den Müllermarkt in diesem Bereich zu genehmigen.

Im Folgenden diskutieren die Mitglieder des Verwaltungs- und Bauausschusses über die Umnutzung des ehemaligen Plus-Marktes in einen Müllermarkt. Viele sehen dabei eine Diskrepanz hinsichtlich der ins Kaufhaus Storg einziehenden Fa. Rossmann, die man auf dem Nachbargrundstück des Plus-Marktes abgelehnt habe. Zudem sehen sie ein Problem hinsichtlich des Zentrenkonzeptes.

Die Stadträte bitten, dies nochmals bis zur Stadtratssitzung am 01.06.2006 zu prüfen. Zudem bitten sie um Prüfung, inwieweit eine Ablehnung des Müllermarktes überhaupt rechtens wäre.

B. Ohne Abstimmung

Oberbürgermeister Moser sagt eine Prüfung bis zur Stadtratssitzung am 01.06.2006 zu, damit in dieser Sitzung eine Entscheidung getroffen werden könne.

Oberbürgermeister

gez.
Moser

Protokollführer

Amt 6

gez.
Müller**Teil Amt 3**

1. **Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten**
Vollzug der StVO;
Beschränkung der Geschwindigkeit auf 30 km/h in der Würzburger Straße

Oberamtsrat Schwarz trägt den Antrag einiger Anwohner der Würzburger Straße vor, in dem eine Begrenzung der Geschwindigkeit auf 30 km/h beantragt wird. Begründet

wird der Antrag damit, dass in der Würzburger Straße derzeit zu schnell gefahren wird.

Nach Meinung der Polizeiinspektion Kitzingen kann in der Würzburger Straße wegen der geringen Restbreite bei Begegnungsverkehr nur mit mäßiger Geschwindigkeit gefahren werden.

Seitens der Verwaltung und auch nach Ansicht der Polizeiinspektion Kitzingen wird vorgeschlagen, dem Antrag nicht nachzukommen.

Stadträtin Richter kann sich nicht vorstellen, dass in der Würzburger Straße schneller als 50 km/h gefahren werden kann.

Bürgermeister Böhm und Stadtrat Konrad sprechen sich im Interesse der behinderten Anwohner für eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30 km/h aus.

2. Bürgermeisterin Gold stimmt ebenfalls einer Einführung von 30 km/h in der Würzburger Straße zu und weist zum wiederholten Male auf ihren Vorschlag, im gesamten Stadtgebiet 30 km/h einzuführen, hin.

Oberamtsrat Schwarz gibt auf Anfrage von Stadtrat Schmidt bekannt, dass ein gesamtes Gemeindegebiet nicht generell mit 30 km/h belegt werden kann. Dies sei rechtlich nicht zulässig. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften ist nach der StVO 50 km/h.

Stadtrat Haag schlägt vor, in der Altstadt Tempo 30 einzuführen, auch wenn dies nicht zulässig ist.

Oberamtsrat Schwarz weist darauf hin, dass der Oberbürgermeister dann verpflichtet wäre, einen solchen rechtswidrigen Beschluss aufzuheben.

Der Oberbürgermeister erinnert daran, dass nach Fertigstellung der Nordtangente die Würzburger Straße abgehängt wird.

- Mit 9 : 3 Stimmen -

Dem Antrag von Anwohnern, in der Würzburger Straße eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h anzuordnen, wird nicht stattgegeben.

2. Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten Vollzug der StVO; Errichtung einer „Tempo-30-Zone“ auf dem Hammerstielweg

Oberamtsrat Schwarz berichtet, dass laut Aussagen von Anwohnern, insbesondere Lastkraftwagenfahrer zu schnell den Hammerstielweg hinunterfahren und somit Anwohner und Kinder des Waldkindergartens gefährden. Es werde deshalb beantragt, auf dem „Hammerstielweg“ eine „Tempo-30-Zone“ einzurichten.

Es wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, dem Antrag nicht nachzukommen, da es bereits einen abgeschlossenen „verkehrsberuhigten Bereich“ gibt und es sich lediglich derzeit um einen vermehrten Baustellenverkehr handelt. Ein Warnhinweisschild „Kinder“ ist bereits vorhanden.

Stadtrat Schardt weist darauf hin, dass es derzeit wegen der Bautätigkeit zu einem erhöhten Baustellenverkehr kommt. Es ist deshalb schon eine Zumutung für die Anwohner, da die Fahrer der Lkw mit höherer Geschwindigkeit den Hammerstielweg

entlang fahren.

Stadtrat Schmidt schlägt vor, während der Bauzeit ein 30 km/h-Schild aufzustellen.

Oberamtsrat Schwarz informiert, dass bis etwa Anfang August die Baumaßnahme beendet sei. Für den ausfahrenden Verkehr könne bis dahin das vorgeschlagene Verkehrszeichen aufgestellt werden.

- Ohne Abstimmung -

Es besteht Einverständnis, während der Bauzeit ein 30 km/h-Schild aufzustellen.

**3. Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten
Dorferneuerung Etwashausen
Lichtzeichenanlage am „Kronen-Eck“**

Oberamtsrat Schwarz verweist auf den mehrheitlich gefassten Beschluss des Verwaltungs- u. Bauausschusses vom 21.03.2006, dass eine Bedarfsampel für Fußgänger am Beginn der Schwarzacher Straße installiert wird.

Seitens Stadtrat Konrad wurde der Antrag gestellt, dass die gesamte Ampelanlage erhalten bleibt, um die Sicherheit im Bereich des „Kronen-Eckes“ zu gewährleisten.

Hierzu führt Oberamtsrat Schwarz aus, dass die Ampelanlage nach Fertigstellung der Baumaßnahme so nicht bleiben kann, weil die Straßenverswenkungen vorliegen und seitens der Mitarbeiter der Tiefbauabteilung versichert wurde, dass die Standorte der Ampelanlage verändert werden müssten. Für die bestehende Ampelanlage müssen derzeit Unterhaltskosten von ca. 7.000 € ausgegeben werden. Außerdem ist das Steuergerät der Ampelanlage nahezu defekt und muss in absehbarer Zeit ausgetauscht werden.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, die gesamte Lichtzeichenanlage zu entfernen und eine Alternative für die Fußgänger zu bieten.

Stadtrat Konrad berichtet, dass eine Vielzahl von Etwashäusern mit der bestehenden Beschlussfassung nicht einverstanden sei. Vielmehr solle die Ampelanlage vollständig bis zu einer evtl. Sperrung der Alten Mainbrücke bzw. bis zur Fertigstellung der Nordtangente erhalten bleiben. Denkbar wäre auch eine zweite Ampeln in der Mainbernheimer Straße. Beide Ampeln könnten dann gleichgeschaltet werden.

Berufsm. Stadtrat Groß schlägt vor, für einen gewissen Zeitraum eine mobile Ampelanlage aufzustellen.

Oberamtsrat Schwarz ist der Meinung, dass die Situation an dieser Kreuzung noch entschärft werden könne, wenn die Vorfahrt entsprechend geregelt wird. Außerdem wäre eine 2. Ampel, wenn sie der Sicherheit dient, durchaus denkbar.

Stadträtin Arayici schlägt vor, im Bereich der Schwarzacher Straße und der Mainbernheimer Straße eine Fußgängerzone einzurichten.

Oberamtsrat Schwarz erwidert, dass eine Fußgängerzone nicht machbar ist. Denkbar wäre allenfalls ein verkehrsberuhigter Bereich.

Auf Nachfrage von Stadtrat Konrad bestätigen Berufsm. Stadtrat Groß und Oberamtsrat Schwarz das Einbringen von Rohrrohren im Bereich „Kronen-Eck“, damit

auch nachträglich Änderungen durchgeführt werden können.

Der Oberbürgermeister bittet um Abstimmung über den Antrag zur Aufstellung von 2 Bedarfsampeln. Über die Schaltung der beiden Ampeln könnte dann während der Betriebszeit entschieden werden.

- Einstimmig -

Mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters besteht Einverständnis.

**4. Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten
Anfrage von Herrn Stadtrat Popp**

Oberamtsrat Schwarz trägt vor, dass seitens Stadtrat Popp beantragt wurde, den Parkplatz in Höhe des Kreisverkehrs hinter dem Bayernplatz an den Wochenenden zu schließen, damit er von Besuchern des Fußballplatzes genutzt werden kann.

Stadtrat Konrad schlägt vor, den Parkplatz für Lkw zu sperren.

Bürgermeister Böhm ist der Meinung, dass die abgestellten Lkw während der Woche nicht stören. Man könne aber dafür sorgen, dass der Parkplatz an den Wochenenden freigehalten wird.

Der Oberbürgermeister schlägt die Aufstellung eines Verkehrszeichens vor, das ein Parken von Lkw's an Sonntagen verbietet. Ansonsten soll der Parkplatz jedoch für jedermann zugänglich sein.

Auf Vorschlag von Bürgermeister Böhm einigt man sich darauf, das Verbot für Lkw auf Samstag und Sonntag zu beschränken.

- Ohne Abstimmung -

Mit dem Vorschlag von Bürgermeister Böhm besteht Einverständnis.

**5. Punkt 3 der Tagesordnung: Sonstiges
Vollzug des Gaststättengesetzes – GastG –;
Antrag zur Nutzung einer Freifläche**

- Einstimmig -

Dem Antrag der Familie Hofknecht, Hotel „Bayerischer Hof“, zur Errichtung einer Freisitzfläche zwischen dem Restaurant- u. dem Hoteleingang vor dem Anwesen Herrnstr. 2 in Kitzingen wird zugestimmt.

**6. Punkt 3 der Tagesordnung: Sonstiges
Anfrage von Frau Stadträtin Schmidt**

Frau Stadträtin Schmidt bemängelt, dass der Wiesenweg wieder frei befahrbar ist und der Fahrverkehr in letzter Zeit wieder erheblich zugenommen hat.

Oberamtsrat Schwarz bestätigt das derzeitige Offenstehen der Schranke. Dies sei die Folge, dass die Schranke fast täglich beschädigt wurde und dass der angrenzende

Nachbar bereits mehrfach Schadensersatz für sein beschädigtes Grundstück gefordert hat. Bei geschlossener Schranke wird über das angrenzende Grundstück gefahren. Von einer Schließung der Schranke sollet derzeit abgesehen werden.

Der Oberbürgermeister schließt die Sitzung um 19:30 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführer
gez. Amt 3
Felbinger